

Junggrüne Kulturpolitik – frei, vielfältig, kreativ

Kultur ist der Rahmen, in dem sich eine Gesellschaft selbst reflektieren kann, in der das Zusammenleben hinterfragt wird. Das macht Kultur für die GRÜNE JUGEND Bayern zu einer politischen Sache und die Förderung einer breiten Kulturlandschaft zu einem staatlichen Auftrag. Demokratie lebt von einem ständigen Ideenaustausch und davon, dass Bestehendes nie als unveränderbar angesehen wird. Wir möchten eine lebendige und vielfältige Gesellschaft, die eben dieses leistet und gleichzeitig immer bereit ist sich weiterzuentwickeln. Genau diese Voraussetzungen möchten wir mit einer junggrünen Kulturpolitik schaffen, die das Fundament für ein demokratisches und vielfältiges Zusammenleben schafft. Deshalb ist Kultur für uns auch nichts, was exklusiv stattfindet oder nur für bestimmte Schichten da ist. In identitären und rechten Diskursen wird immer wieder auf den Begriff der (Leit)Kultur zurückgegriffen um eine "deutsche" Kultur im Gegensatz zu sogenannten "fremden" Kulturen zu imaginieren und als solche zu wahren. Hinter jenen Positionen steht eine sogenannte ethnopluralistische Logik, welche verschiedene Kulturen hierarchisiert und eine Reinhaltung dieser anstrebt. Doch auch in Diskussionen um "multikulti" und sogar in linken und antirassistischen Kontexten kommt es zum Rückgriff auf einen starren Kulturbegriff, welcher gekoppelt an Herkunft fungiert und Individuen feststehenden Kollektiven unterordnet. Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich entschieden gegen die rechte und (neo-)rassistische Aufladung des Kulturbegriffs und jegliche Fragmente ethnopluralistischer Ideologie. Wir gehen von einem Kulturbegriff aus, der alle Gesellschaftsschichten einbezieht und auch alternative, freie oder neue Formen von Kultur, wie etwa Underground- oder Internetkultur, miteinschließt. Dafür brauchen wir eine Kulturlandschaft, die nicht dem kapitalistischen Verwertungszwang unterworfen ist und sich frei vom Druck einer Quote oder eines Marktanteils entfalten kann. Diese Voraussetzungen muss der Staat schaffen und hierfür notwendige Maßnahmen beschreiben wir in unserem Kulturkonzept.

Erinnerungskultur stärken

Neu geschaffenes baut immer auch darauf auf, was bereits besteht und wird dadurch inspiriert. Dies trifft besonders auf Gebäude und die verschiedenen Architekturstile der letzten Jahrhunderte zu. Lebendige Ortskerne zeichnen sich vielfach durch einen besonderen Baustil aus, der einerseits alte Bauwerke erhalten hat, sie aber auch immer in die Moderne transferiert hat. Für dieses Ziel misst die GRÜNE JUGEND Bayern dem Denkmalschutz eine wichtige Rolle zu. Gleichzeitig geht ein Großteil der Mittel des Kulturfonds der bayerischen Staatsregierung für

die Instandhaltung bestehender Museen und Monumente drauf. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, dass staatliche Ausgaben für den Denkmalschutz nicht mehr über den Kulturfond bezahlt werden, sondern ein eigener Fond für den Denkmalschutz geschaffen wird. Darüber sollen nicht nur Großprojekte finanziert werden, sondern Maßnahmen des Denkmalschutzes sollen auch im ländlichen Raum gefördert werden. Viele Institutionen zeugen aber davon, dass sie aus einer höfischen Kultur stammen und als Repräsentations- und Legitimationsbauten eines feudalen Herrschaftssystems entstanden sind. Inwiefern alle diese Bauten erhaltenswert sind, lässt sich anzweifeln. Deshalb fordern wir eine gesamtgesellschaftliche Diskussion mit Einbeziehung der betroffenen Interessenvertretungen darüber, welche Zukunft diese Bauten haben sollen und wie sie Teil unserer demokratischen und offenen Gesellschaft sein können.

Ein zentraler Pfeiler junggrüner Kulturpolitik ist für uns die Erinnerung und weitere Aufarbeitung der deutschen Geschichte, denn nur so kann eine Wiederholung verhindert werden. Deshalb kann es auch nie einen Schlussstrich beim Gedenken an die systematische Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus geben. Gleichzeitig stehen wir vor der Herausforderung, dass bald keine Zeitzeugen der Shoa mehr leben werden. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass die Erfahrungen der noch lebenden Opfer bestmöglich für zukünftige Generationen festgehalten werden und noch lebende Täter*innen konsequent strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Zudem braucht es eine institutionalisierte Zusammenarbeit der einzelnen Gedenkstätten in Bayern, damit die Gedenkarbeit fachlich fundiert weiterentwickelt wird. Außerdem wiederholen wir unseren Beschluss, dass auf lokaler Ebene das Gedenken konsequent auf die Opfer des Nationalsozialismus hin ausgerichtet wird und das Handeln kommunaler Entscheidungsträger*innen aufgearbeitet werden muss. Im öffentlichen Raum finden sich noch immer unkommentiert Zeugnisse der nationalsozialistischen Ideologie. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen, dass Monumente aus der Zeit des Nationalsozialismus zu Gedenkstätten umfunktionalisiert werden sollen und Gebäude oder Straßen, die nach Personen benannt sind welche sich antisemitisch oder rassistisch geäußert haben, im Rahmen eines öffentlichen Diskurses umbenannt werden.

Noch immer gibt es keine ehrliche Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte und auch hiervon finden sich vielfach unkommentierte Zeugnisse im öffentlichen Raum. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert das bayerische Wissenschaftsministerium auf ein Forschungsprojekt zur bayerischen Verwicklung in die Kolonialgeschichte zu starten und eine breite kritische

Aufarbeitung voranzutreiben. Dabei dürfen auch Entschädigungszahlungen nicht ausgeschlossen sein.

Gleichberechtigte Förderung kultureller Angebote

Das öffentliche Konzertwesen im Bereich der "klassischen" Musik ist - ebenso wie der Opernbetrieb - in Deutschland weitgehend auf Zuschüsse der öffentlichen Hand angewiesen. Die großen Sinfonieorchester werden von Kommunen und Rundfunkanstalten finanziert. Eintrittspreise tragen oft nur einen geringen Teil der Kosten.

Die GRÜNE JUGEND Bayern sieht in der Förderung kultureller Angebote durch den Staat einen wichtigen Beitrag für die gesamtgesellschaftliche Bildung und Erhöhung der Lebensqualität. Allerdings lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ab, dass der Staat durch die einseitige Förderung bestimmter kultureller Angebote, beispielsweise die des Theaters und der Oper, große Teile der Bevölkerung benachteiligt. Doch genau dies geschieht, wenn für Schüler*innen und Studierende besonders günstige Eintrittskarten für Veranstaltungen der klassischen Kultur vergeben werden, gleichzeitig aber der Konzertbesuch moderner Bands und Künstler*innen sehr viel teurere Eintrittspreise abverlangt, um eine Kostendeckung über die Tickets erzielen zu können. Die GRÜNE JUGEND Bayern unterstützt, dass über die aufwendige Förderung klassischer Kulturangebote viele Arbeitsplätze im Kulturbereich geschaffen und erhalten werden und gerade junge Menschen durch sehr günstige Eintrittspreise angeregt werden, sich klassischen Kulturangeboten zuwenden zu können. Jedoch muss Schüler*innen, Studierenden und Auszubildenden ermöglicht werden, in gleicher Weise an allen anderen Kulturangeboten teilnehmen zu dürfen, ohne dass der Staat Einfluss darauf nimmt. Hierfür fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Einführung eines zusätzlichen bayerischen Kulturfonds, der für reduzierte Eintrittspreise für Jugendliche sorgt. In Kooperation mit Künstler*innen in Bayern müssen beim Verkauf von Konzerttickets und Eintrittskarten immer reduzierte Karten verfügbar sein. Des Weiteren fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass allen Schüler*innen, Studierenden und Auszubildenden pro Monat eine Freikarte für eine Kulturveranstaltung jeder Art erhalten bis ein Bedingungsloses Grundeinkommen, welches eine volle Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht, eingeführt wurde. Die Künstler*innen und Veranstalter*innen reichen die Freikarte beim Kulturfonds ein und erhaltend den Eintrittspreis zurückerstattet. Erleichterte Möglichkeiten, an breiteren Kulturangeboten teilnehmen zu können, reichen aber allein nicht aus. Erwiesenermaßen nehmen v.a. diejenigen Menschen - gerade auch Jugendliche -

an solchen Kulturveranstaltungen teil, die durch ihr soziales und elterliches Umfeld naheliegen. In Familien mit geringem Einkommen ist der Besuch von Kulturveranstaltungen oft gar nicht vorgesehen oder finanziell leistbar. Mangels Erfahrung und Erlebnis ist dadurch die Bereitschaft junger Menschen, an Kulturveranstaltungen teilzunehmen, trotz Vergünstigungen und finanzieller Unterstützung oft gering. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass der Musik- und Kunstunterricht an den Schulen den Auftrag erhält, über die Möglichkeiten finanzieller Unterstützung und die verschiedenen Kulturangebote vor Ort informiert. Des Weiteren sind Aktivitäten wie seltene und oft einseitige Besuche von Aufführungen in Theater und Oper nicht genug. Regelmäßige Exkursionen zu kulturellen Veranstaltungen und die gemeinsame Wahrnehmung von vielseitigen Kunst- und Kulturangeboten müssen Einzug in den Schulalltag finden.

Durch eine vielseitige Werbekampagne müssen Jugendliche auf die neuen Angebote des Kulturfonds aufmerksam gemacht werden. Ziel der bayerischen Kulturpolitik muss es sein, jungen Menschen einen vielseitigen Einblick auf die gesamte Kulturlandschaft und durch den Anreiz auch eine Teilnahme an deren Angebot zu ermöglichen - mit Kulturfonds und Freikarten.

In Bayern ist derzeit die staatliche Förderung von künstlerischen Kulturprojekten an einen abgeschlossenen Hochschulabschluss im Kunstbereich gebunden. Die GRÜNE JUGEND Bayern sieht diese Fördermittelbindung als ein unnötiges Hindernis für die Möglichkeit einer breiten Förderung talentierter Kulturschaffender und fordert daher, diese Bindung umgehend aufzuheben.

Des Weiteren sind in vielen staatlichen Bibliotheken und Museen immer noch Eintrittspreise fällig. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass für alle Menschen jegliche Eintrittspreise für staatliche Bibliotheken und Museen in Bayern erlassen werden. Bibliotheken und Museen sind gesamtgesellschaftliche Bildungsmöglichkeiten und sind daher für alle gesellschaftlichen Gruppen umgehend zu öffnen.

Kulturförderung regionalisieren und demokratisieren

Bayern ist durch seine unterschiedlichen Regionen und deren Besonderheiten geprägt. Auch wenn die meisten wohl zuerst an unterschiedliche Trachten und Dialekte denken, besteht der Unterschied in der Praxis vor allem in der finanziellen Ausstattung. Die CSU-Staatsregierung verteilt die Mittel des Kulturfonds zentralistisch an Leuchtturmprojekte mit vermeintlich großer Strahlkraft und lässt dabei die ländlichen Regionen leer ausgehen. Für die GRÜNE JUGEND Bayern ist der Zugang zu Kultur und Kunst aber ein Recht, dass allen Menschen in Bayern gleichermaßen

zusteht. Wir möchten deswegen weg von großen Projekten einer vermeintlichen Hochkultur hin zur Förderung kleinerer Projekte aus allen Kulturbereichen. Bundesländer wie NRW oder Sachsen haben sich mit einem Kulturfördergesetz beziehungsweise einem Kulturraumgesetz bereits auf diesen Weg gemacht. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass die Kulturförderung auch in Bayern über die Schaffung von Kulturräumen weg geht von einem zentralistischen Förderinstrument hin zu einer regionalen Förderung mit demokratischen Prinzipien. Dafür soll jeder Regierungsbezirk ein Kulturraum werden und in einem Entscheidungsgremium aus den Landrät*innen und Vertreter*innen der unterschiedlichen Kulturbereiche über die Verwendung der staatlichen Kulturförderung entschieden werden. Darüber hinaus sollen Projekte wie Kulturbusse in ländlichen Regionen gestartet werden, um auch ohne eigenes Theater oder Museum einen gleichberechtigten Zugang zu Kultur zu schaffen.

Daneben braucht es gerade in den ländlichen Räumen Freiräume für eine junge und alternative Kultur, in denen diese sich frei entfalten kann. Wir fordern für jede Gemeinde in Bayern ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, in dem dieser Freiraum etwa durch Graffitiwände oder Ateliers gegeben wird. Denn so schön die regionale Kultur in Bayern auch sein mag, sie darf nie zu einer Einengung oder der Vorgabe einer Leitkultur führen.

Kultureller Zugang für alle

Es reicht aber nicht nur aus, in allen Regionen ein kulturelles Angebot zu schaffen, es muss auch alle Menschen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, einbeziehen und ansprechen. Das fängt bereits bei der Mittelvergabe an und der ungleichen Verteilung der Förderung zwischen Männern und Nicht-Männern. Wir wollen hingegen die gleichen Einkommens- und Karrierechancen sowie künstlerische Entwicklungsmöglichkeiten und Anerkennung unabhängig vom Geschlecht. Dafür fordert die GRÜNE JUGEND Bayern ein Gender Budgeting für die Kulturförderung, damit ersichtlich wird in welchen Bereichen eine Ungleichbehandlung vorliegt. Gleichzeitig wird in vielen Kulturbereichen eine migrantische Perspektive ausgeblendet und in den wenigsten Programmen zeigt sich die reale gesellschaftliche Vielfalt. Das möchten wir mit einer interkulturellen Öffnung der bayerischen Kultureinrichtungen ändern, damit alle soziokulturellen Perspektiven beleuchtet werden. Dafür fordern wir insbesondere, dass alle Kultureinrichtungen barrierefrei ausgebaut werden müssen und die Kulturschaffenden eine für ihre Arbeit angemessene Bezahlung bekommen. Prekäre Beschäftigungen und Selbstausbeutung sind leider

ein weit verbreitetes Phänomen im Kulturbereich, daran kann der Staat als Auftraggeber und Betreiber der meisten Museen oder Theater direkt etwas ändern.

Kommunale Kulturpolitik- Ein junggrünes Zeichen gegen die Verwertbarkeitslogik

Die Gemeinden, Städte und Landkreise im Freistaat Bayern sind zahlreich und breit im kulturellen Bereich tätig. Ein breites Spektrum an Aufgaben die die kommunale Ebene übernimmt lassen sich dazu finden. Doch viele Projekte fallen in die freiwilligen Ausgaben der Kommunen und sind permanent in der Kritik finanzielle Mittel von anderen Tätigkeitsbereichen der Kommunen abzuziehen.

Besonders die zunehmende Ökonomisierung der Gesellschaft trifft die kommunale Kulturpolitik. Immer öfter werden hohe freiwillige Leistungen von den Aufsichtsbehörden als negative in der Genehmigung des Haushaltes angemerkt. Immer öfter versuchen deswegen Kommunalpolitiker*innen Kultur als öffentliches Gut abzuschaffen und Kultur zu privatisieren mit der Konsequenz, dass diese nicht mehr für alle bereitsteht. So wird Kultur immer stärker der Marktlogik unterworfen und muss „verwertbar“ sein um existieren zu können.

Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich entschieden gegen diesen Trend. Wir sehen Kultur als Aufgabe der Gemeinschaft. Zusammen mit den Einwohner*innen des Freistaates wollen wir Kultur überall in Bayern aufleben lassen.

Flocken Locken: Gemeinsam Entscheiden - Gemeinsam Gestalten

Wir streben eine breite Einbeziehung aller bei der Auswahl und der Finanzierung kommunaler Kultur an. Dazu wollen wir einen offenen Kulturhaushalt einführen der zusammen von den Einwohner*innen und den Stadt- oder Gemeinderät*innen geplant wird. Projekte, Schwerpunkte und Ausgaben für Kultur sollen gemeinsam ausgewählt werden. Zusätzlich soll daneben für die Kontrolle und Betreuung der Projekte Kulturbeiräte eingerichtet werden in denen ein breites Spektrum von Einwohner*innen einer Stadt oder Gemeinde vertreten sind.

Die Gemeinden sind oft die Träger*innen von Schulgebäuden und Kindertageseinrichtungen. Besonders Kindern soll früh ein Zugang zur Kultur ermöglicht werden. Dies können Kommunen aktiv fördern, indem sie Infrastruktur bereitstellen und Zusatzangebote mitfinanzieren. Örtliche

Besonderheiten sollen genauso eine Rolle spielen wie das Auseinandersetzen der Kinder mit ihrer Umwelt und der Natur.

Erwachsenenbildung bietet ein breites Angebot für Weiterbildungsmaßnahmen zur Förderung der Selbstverantwortung und Selbstbestimmung der Menschen. Damit die Bildungsangebote für alle erschwinglich werden, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Zuschüsse des Freistaats Bayern zu erhöhen und alle Angebote kostenfrei anzubieten. Auch eventuell nötige Lernutensilien sollen gestellt werden. Angebote der Erwachsenenbildung sollen sich dabei an den Interessen der Bürger*innen vor Ort orientieren und gemeinsam mit diesen festgelegt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass alle Altersgruppen und Gesellschaftsgruppen vertreten sind. Dazu bedarf es einer basisdemokratischen Veränderung der Organisation von Erwachsenenbildung. Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich explizit für ein pluralistisches Angebot der Erwachsenenbildung aus.

In Freistaat engagieren sich Millionen Menschen ehrenamtlich für verschiedene Zwecke, organisieren sich in Vereinen und prägen unsere Gesellschaft. Vereine sind der Motor der Zivilgesellschaft auch vor Ort. Doch durch immer strengere Regeln, die Ausgaben bestimmten Kosten-Nutzen Kalküle aufzwingen, können Kommunen Vereine nicht mehr in der Art und Weiße fördern wie es für jeden Ort wünschenswert wäre. Die GRÜNE JUGEND Bayern möchte dies ändern. Wir fordern, dass die Kommunen aktiv Vereine fördern. Dazu wollen wir, dass die gewählten Entscheidungsträger*innen zusammen mit den Vereinen die kommunalen Fördermittel verteilen.

Als Teil einer aktiven und offenen Gesellschaft soll ein Teil der Fördermittel für Projekte investiert werden die ein offenes demokratisches und aktives Zusammenleben fördern.

In jeder Gemeinde werden andere Schwerpunkte und Projekte unterstützt und betrieben. Die GRÜNE JUGEND Bayern steht zur Kommunalen Selbstverwaltung und die Freiheit eigene Dinge in den Fokus zu rücken.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert einen freien Zugang zu Bildung für alle. Deswegen fordern wir, gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbare Bibliotheken in jeder Kommune. Zudem fordern wir mindestens eine mobile Versorgung mit Büchern für alle Ortsteile einer Kommune, gerade auf dem Land. Für das Ausleihen der Bücher dürfen dabei keine Gebühren anfallen. Eventuelle Bestrebungen Bibliotheken aus der Verantwortung der Kommunen lehnen wir ab.

Jugendeinrichtungen müssen auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort abgestimmt werden und die Vielfalt der dort Lebenden widerspiegeln. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert

selbstverwaltete Infrastrukturen, die als Treffpunkte bereitgestellt werden, aber auch betreute Jugendzentren. Die Jugendliche müssen dabei in den Prozess der Organisation mit einbezogen werden.

Staat und Kirche trennen

Kultur ist ein wichtiger Bereich unserer Gesellschaft. Dazu gehören unter anderem geschichtliche Prägung durch Religionen und Glaubensgemeinschaften, die den gesellschaftlichen Diskurs und das Denken beeinflussen. Doch diese Einwirkungen sind nicht einseitig, denn auch lokale Riten und Vorgehensweisen prägen Religionen, bzw. deren Feste, Symbolik und Auslegung. Grenzen der beiden Thematiken, Kultur und Religion, sind schwimmend, wirken immer wieder wechselseitig und befinden sich in einer konstanten Entwicklung.

In den vergangenen Jahrhunderten hat diese Aufgabe im mitteleuropäischen Raum primär die christliche Kirche übernommen und in dem Zuge die Landschaft nicht nur psychisch, sondern auch physisch geprägt. Städte und Dörfer werden durch Kirchen und andere kirchliche Einrichtungen gezeichnet. Kirchen sind Teil der Vergangenheit und oft erhaltenswerte Baumeisterwerke. Finanziell werden dabei einzelne Glaubensgemeinschaften stark bevorzugt.

Die GRÜNE JUGEND fordert, dass, wenn die öffentliche Hand für die Renovierung oder Instandhaltung von Gebäuden und Plätzen aufkommt, darf für diese Orte anschließend keine Eintrittsgelder verlangt werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert eine strikte Trennung von Staat und Kirche. Es darf nicht weiter gängige Praxis sein, dass einzelne religiöse Gemeinschaften von der Gesetzgebung stark bevorzugt werden und Sonderregelungen genießen.

Deshalb setzen wir uns für eine zeitnahe Umsetzung der Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften ein. Bei den Staatsleistungen entschädigen Bundesländer die Kirchen für von Fürsten enteignete Grundstücke und Güter der Kirche. Diese geplante Ablösung ist bereits im Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 138 Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 bestimmt und eine Umsetzung dieser Gesetze ist längst überfällig. Diesen Schritt möchten wir gemeinsam mit den beiden davon betroffenen Glaubensrichtungen, der katholischen und evangelisch-lutherischen Kirche, gehen und im Dialog eine gute Lösung finden.

Doch nicht nur durch die fehlende Umsetzung der Beendigung der Staatsleistungen werden christlichen Kirchen in Deutschland, und vor allem auch in Bayern, bevorzugt. Die Kirche genießt

allumfassende Vorteile durch ein sogenanntes "Privilegienbündel". Dieses "Privilegienbündel" umfasst beispielsweise einmalige Regelungen was das Arbeitsrecht betrifft. Die vom Staat finanzieren Mitarbeiter*innen übernehmen staatliche Aufgaben, beispielsweise in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und Kindergärten. Doch für diese Mitarbeiter*innen gilt ein kirchliches Arbeitsrecht mit vielen Sonderregelungen, die zu massiven Einschränkungen für die Betroffenen führen. Wir wollen sicherstellen, dass Menschen nicht wegen der Wahl ihrer Partner*in, wegen Scheidungen oder fehlender Taufe von Kindern sanktioniert werden. Daher wollen wir für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse jenseits des religiösen Kernbereichs der Tätigkeit der Kirchen das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen und so auch die Schaffung von Betriebsräten ermöglichen und ein Streikrecht verankern.

Eine weitere Bevorteilung einiger weniger Kirchen sind die starken Steuererleichterungen und Sonderregelungen im finanziellen Sektor. Wir sprechen uns dagegen aus, dass einzelnen Kirchen das Recht auf eine Steuer zugesprochen wird oder Glaubensgemeinschaften durch Freistellung von Kontrollen bei Immobilienerwerb und stärkeren Eigentumsschutz bevorzugt werden.

Die ungerechtfertigte Bevorzugung der Kirchen durch den §166 StGB "Beschimpfungen von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen" wollen wir aufheben, weil den Kirchen eine rechtliche Sonderstellung gewährt wird. Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich stattdessen für das Recht auf Kirchenkritik und gleichzeitig für freie und vielfältige Religionsausübung ein. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert zudem endlich alle Bevorzugungen der Kirchen und anderen Glaubensgemeinschaften zu beenden und eine konsequente Trennung von Staat und Kirche zu ermöglichen.

Feiertagsgesetzgebung anpassen

Der politische Einfluss der Kirche in den letzten Jahrzehnten, hat für ein Bestehen der christlichen Feiertage in Bayern gesorgt. Dennoch wenden in Deutschland sich immer mehr Menschen von den christlichen Kirchen ab, wechseln zu anderen Religion oder sind nicht mehr gläubig im Verständnis der großen Weltreligionen. Die Religionsgemeinschaften sind nicht länger repräsentativ für unsere Gesellschaft. Dies hat vor allem in säkularen Bundesländern dazu geführt, dass viele christliche Feiertage abgeschafft worden sind. Deshalb fordert die GJB ein Ende der Feiertagsgesetzgebung, die einzelne christliche Kirchen bevorzugt und Arbeitnehmer*innen in säkularen Bundesländern benachteiligt. Wir wollen, dass alle Länder dieselben Feiertage im Kalender stehen haben. Hierbei fordern wir zudem, dass die Anzahl bundesweit auf mindestens

24 arbeitsfreie Feiertage im Jahr ansteigt. Die Tage, die zu gesetzlichen Feiertagen erklärt werden, sollen wichtige Ereignisse und Errungenschaften für die Gesamtgesellschaft markieren. Stille Feiertage sollen zudem komplett abgeschafft werden.

Burka, Burkini, Burwhat?

In den vergangenen Jahren kam immer wieder eine hitzige Diskussion über religiöse Symbolik, insbesondere an Frauen* auf. Es wurde viel darüber geredet, ob Lehrerinnen Kopftuch tragen dürfen, Frauen* und Mädchen im Burkini schwimmen gehen dürfen oder sich gar ganz verschleiern.

Doch die Undifferenziertheit der Debatte hat schnell offengelegt, wie wenig sich viele Menschen mit der Thematik beschäftigt haben. Wir sollten die Religionsfreiheit nicht nur einfordern, sondern auch leben, wozu auch gehört, dass sich eine Frau verschleiern darf, ein Mann eine Kippa tragen oder eine Person sich religiöse Symbole tätowieren darf. Davon auszugehen, dass eine Kopfbedeckung eine Einschränkung und Zwang ist, ist einseitig und spricht Personen ihre Eigenständigkeit ab.

Dennoch kritisiert die GRÜNE JUGEND Bayern aufs schärfste, wenn insbesondere Frauen* dazu gezwungen werden ein Kopftuch zu tragen. Wir fordern, dass jede Person ohne Zwänge und Sorge um Konsequenzen selbst entscheiden kann und darf, ob er*sie sich für oder gegen religiöse Symbole entscheidet. Dafür muss es ein großes Hilfsangebot und Anlaufstellen, sowie eine flächendeckende Beratung für alle Menschen, allen voran für Frauen*, geben.

Über Symbole in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen, welche nicht-Christ*innen beleidigen können, wurde wenig diskutiert. Das ist eine massive Einflussnahme auf Schüler*innen und Gesellschaft. Daher fordert die GRÜNE JUGEND Bayern das Abnehmen religiöser Symbole an öffentlichen Orten, außer es kennzeichnet eine kirchliche Einrichtung oder ist als Kunst zu verstehen. Aber Kruzifixe haben in Klassen- und Gemeinderäumen nichts zu suchen!